

Susanne Friedrich
Der Kurier des Kardinals

Kommunikation als Perspektive auf den Immerwährenden Reichstag

urn:nbn:de:0009-9-35343

Abstract

Im Zentrum des Artikels stehen Briefe, die Prinzipalkommissar Johann Philipp von Lamberg am 22. März 1703 versandte, die aber durch Bayern abgefangen wurden. Sie bilden die Basis für fünf kommunikationshistorische Betrachtungen des Reichstagsgeschehens, die zugleich das analytische Potential dieser Perspektivierung beleuchten. Dabei zeigt sich zum einen die eminente Bedeutung einer intakten Kommunikationsinfrastruktur für das Funktionieren des Reichstags. Durch die Fokussierung auf Kommunikation als konstituierende wie charakterisierende Basis von Beziehungen werden zum anderen soziale und emotionale Aspekte sichtbar. Es treten die reichstagsinternen Kommunikationsstrukturen und Parteibildungen ebenso hervor, wie das Korrespondenznetz Lambergs und das komplizierte Verhältnis der kaiserlichen Gesandten untereinander sowie zum Kaiser. Deutlich werden dabei konfligierende Interessen und Handlungserwartungen, welche die Kommunikation und Performanz der Gesandten beeinflussten und somit auf die Reichstagspolitik zurückwirkten.

Geraubte Post: Wiener Briefe in München

<1>

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv München verwahrt ein Konvolut, das aus einer Reihe von Briefen in einer bemerkenswerten Zusammensetzung besteht. Sie stammen überwiegend vom Prinzipalkommissar der Jahre 1699 bis 1712, Kardinal Johann Philipp von Lamberg, und datieren alle in den Zeitraum vom 16. bis 22. März des Jahres 1703. Fünf der Schreiben sind originale Berichte an den Kaiser, von denen zwei vom Prinzipalkommissar und drei von den österreichischen Gesandten gezeichnet sind. Daneben liegen verschiedene Schreiben, teils in Lambergs eigener Handschrift, an 'Hoch- und Wohlgebohrne Grafen', 'liebe Getreue', die 'Allerliebste Frau Schwester' oder den 'Besonders geliebten Herrn Vetter'.¹ Der Bestimmungsort der Briefe war in einigen Fällen Passau, in den meisten jedoch Wien. Doch warum liegen sie dann in München?

<2>

Dieser Umstand verdankt sich einem Akt kriegsbedingter Interzeption, der sich überdies außergewöhnlich gut rekonstruieren lässt. Hinweise auf den engeren Kontext ergeben sich aus einem der abgefangenen Berichte selbst. Am 22. März 1703 schilderte der Kardinal, dass er bereits am 20. einen Kurier nach Wien geschickt habe. Auf dem Weg durch Bayern sei dieser von der Suite des bayerischen Kurfürsten angehalten und nach einigem Hin und Her mitsamt den Briefen zurückgeschickt worden. Angeblich sollte dadurch deutlich gemacht werden, dass die Post nicht geöffnet worden sei. Lamberg vermutete dahinter allerdings die

¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Kasten schwarz (im Folgenden: BHStA, K. schw.) 4665. Der eingelegte Brief von Kardinal Joseph Dominikus von Lamberg von 1744 gehört nicht zu dieser Serie.

Absicht des Kurfürsten, das Bekanntwerden seiner Reise und der Truppenbewegungen zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern.² Es gab also Probleme mit der Aufrechterhaltung des Briefverkehrs zwischen Regensburg und Wien während der sogenannten 'bayerischen Diversion' zu Beginn des Spanischen Erbfolgekriegs.

<3>

Bayern hatte sich in der spanischen Erbfolgefrage auf die Seite Frankreichs gestellt und 1702 mit einem Eroberungsfeldzug im Reich begonnen. 1703 griffen im Gegenzug kaiserliche und Reichstruppen unter den Grafen Schlick und Limburg-Styrum Bayern an. Dies sollte den Kurfürsten von weiteren Eroberungen abhalten und seine Truppen in der Oberpfalz binden, wodurch die drohende Vereinigung mit dem französischen Heer verhindert werden sollte. Seit März 1703 wurde rund um Passau und in der Oberpfalz gekämpft.³ Die Reichstagsgesandten sahen dadurch Regensburg und mit der Stadt auch sich selbst gefährdet, weshalb sie mit Bayern und dem Kaiser über eine Neutralisierung der Stadt verhandelten. Die Verhandlungen um die *Assecuration* zogen sich jedoch in die Länge. Keine Seite wollte Zugeständnisse machen, die der anderen einen strategischen Vorteil gebracht hätte. Es lag durchaus im Interesse des bayerischen Kurfürsten, den Reichstag weiter in Regensburg zu halten. Eine Verlegung in die österreichischen Erblände, wie sie der Kaiser wünschte, hätte sehr wahrscheinlich den Ausschluss Bayerns vom Reichstag bedeutet,⁴ was Max Emanuel nicht nur um die Mitsprache, sondern auch um die Möglichkeit zur Obstruktion der drohenden Achterklärung gebracht hätte. Er gab daher zahlreiche Versprechen, die unter anderem das freie *commercium rerum et literarum* für Stadt und Reichstag umfassten.⁵

<4>

Dass der freie Briefverkehr allerdings ein leeres Versprechen war, zeigten die Erlebnisse des nächsten von Lamberg abgefertigten Kuriers. Laut seines Berichts vom 25. März 1703 ergänzte er die zurückgekommenen Briefe und schickte noch am 22. März erneut einen Kurier nach Wien.⁶ Der Carabinerreiter Matthias Schindelauer war mit einem Pass des Prinzipalkommissars und des bayerischen Gesandten ausgestattet. Nach seiner Aussage war er am 23. März um etwa 8 Uhr morgens eine Viertelstunde hinter Vilshofen, als ihm in einem Hohlweg vier mit Flinten bewaffnete Personen auflauerten. Er habe sich als Kurier des Kardinals zu erkennen gegeben und beide Pässe vorgewiesen. Die Bewaffneten hätten ihn

² BHStA, K. schw. 4665, Bericht Lambergs vom 22.3.1703, 211r-212r.

³ Zu den Truppenbewegungen in der Oberpfalz 1703 vgl. Bernd Wunder: Die bayerische "Diversion" Ludwigs XIV. in den Jahren 1700-1704, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 37 (1974), 416-478, hier: 462f.; Christian Probst: Lieber bayrisch sterben. Der bayrische Volksaufstand der Jahre 1705 und 1706, München 1978, 63-67; Max Plassmann: Krieg und Defension am Oberrhein. Die Vorderen Reichskreise und Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1693-1706) (= Historische Forschungen 66), Berlin 2000, 417-425; Reginald de Schryver: Max II. Emanuel von Bayern und das Spanische Erbe. Die europäischen Ambitionen des Hauses Wittelsbach 1665-1715 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte 156), Mainz 1996, 115-143.

⁴ Das fürchtete zumindest der bayerische Gesandte. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Äußeres Archiv (im Folgenden: BHStA, Ä.A.) 3494, Bericht vom 18.4.1703.

⁵ Vgl. Anton Faber [= Christian Leonhard Leucht]: Europäische Staats-Cantzley [...], Bd. 8, Frankfurt / Leipzig / Nürnberg 1708, 111: Regensburg wünscht am 10.3.1703 die Erneuerung älterer Versprechen; 117: Versicherung an die Stadt vom 12.3.1703 (dort fälschlich 1702).

⁶ Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichskanzlei, Akten der Prinzipalkommission, Mikrofiche-Edition, München 1990 (im Folgenden: Akten der Prinzipalkommission), Fiche 672. Der Bericht des Carabinerreiters Matthias Schindelauer liegt als Nr. 2 bei.

daraufhin aufgefordert, vom Pferd zu steigen, und auf seine Weigerung hin gedroht, ihn zu erschießen. Sie hätten ihn seiner Kleider beraubt und ihm seine Stiefel aufgeschnitten. Nach dem Verlust der Briefe, seines Geldes und des Pferdes musste er sich ohne Hosen und Schuhe zu Fuß auf den Weg machen. Schließlich sei er dem Kommandanten und dem Pfleger des bayerischen Vilshofen begegnet, denen er den Vorfall schilderte. Die Versuche der beiden, die Räuber zu stellen, seien erfolglos geblieben, sie statteten ihn aber mit Kleidung und etwas Geld aus. Daraufhin habe er sich auf den Rückweg nach Regensburg gemacht, wobei er unterwegs vom Postknecht von Plattling erfahren habe, dass die Leute dort erzählten, die angeblichen Räuber stammten aus Vilshofen und hätten schon fünf Tage gewartet.

<5>

Die Aussage endet mit einem bemerkenswerten *Notandum*, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Bewaffneten, als sie ihm die Stiefel herab schnitten, gesagt hätten, "umb zu sehen, ob keine brieff in selbigen enthalten seint." Mit diesem Nachsatz wird der Verdacht genährt, dass es sich bei den Wegelagerern gar nicht um echte Räuber handelte, sondern um Personen, die es auf die Briefe abgesehen hatten. In einer handgeschriebenen Zeitung aus Regensburg vom 29. März wurden aus den Räubern folglich "4 Bayer. Reuther".⁷ Diese Hinweise sowie Daten und Zusammensetzung der Schreiben sprechen dafür, dass es sich bei dem Briefbündel im Bayerischen Hauptstaatsarchiv um genau jene Briefe handelt, die dem Kurier des Kardinals am 23. März 1703 abgenommen wurden. Die Überfallenden sind allem Anschein nach damit tatsächlich keine gewöhnlichen Straßenräuber gewesen, sondern bayerische Bedienstete, die den Briefverkehr des Feindes abfingen.

Interpretationsangebote für die abgefangenen Briefe – Kommunikation als Perspektive

<6>

Wozu stellt man eine solche Räubergeschichte an den Anfang eines Aufsatzes, dessen Anliegen es ist, den potenziellen Beitrag der Thematisierung von 'Kommunikation' zur weiteren Erforschung des Immerwährenden Reichstags zu umreißen? Zum einen, um daran zu erinnern, dass auch die Geschichte unterbrochener, gescheiterter und gestörter Kommunikation mit einbezogen werden muss. Zum anderen aber, weil das Briefbündel die Möglichkeit bietet, an einem konkreten Beispiel mehrere kommunikationsgeschichtliche Aspekte des Reichstagsgeschehens von 1703 aus einer Perspektive zu beleuchten, die fähig ist, verschiedene Interpretationsebenen zu integrieren.

<7>

Zunächst aber muss umrissen werden, was unter 'Kommunikationsgeschichte' gemeinhin verstanden wird. Das klingt einfacher, als es ist, denn unter diesem Label laufen eine Vielzahl disparater Interpretationsangebote und Methoden. Das rührt vor allem daher, dass der moderne Begriff 'Kommunikation' nur schwer zu fassen ist. Hunderte von Definitionsangeboten führen hier eher zur Aporie als zu einem allgemeingültigen Verständnis.⁸ Insofern ist jede Begriffsbestimmung eine Setzung. Historiker entscheiden sich

⁷ BHStA, Ä.A. 3494, Handgeschriebene Zeitung vom 29.3.1703, 465r.

⁸ Klaus Merten: Eine Begriffs- und Prozeßanalyse (= Studien zur Sozialwissenschaft 35), Opladen 1977, 42-89, zählte bereits 160 verschiedene Definitionen von Kommunikation. Die Anzahl ist inzwischen nicht geringer geworden. Vgl. Hans-Dieter Kübler: Kommunikation und Medien. Eine Einführung (= Medien & Kommunikation 21), Münster 2003, 7-42; Wolfgang Behringer: Im Zeichen des Merkur. Reichspost und Kommunikationsrevolution in der Frühen Neuzeit (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 189), Göttingen 2003, 10f.

zumeist für eine engere Begrenzung, die die soziale Interaktion zwischen Menschen mit dem Zweck der Bedeutungsvermittlung ins Zentrum stellt, wie sie auch die Basis der folgenden Überlegungen bildet. Die spezifischere Ausformulierung dieses kleinsten gemeinsamen Nenners ist dann allerdings von der jeweils angewandten Theorie beeinflusst, wobei medientheoretische, systemtheoretische oder kulturhistorisch inspirierte Begriffe vorherrschen.

<8>

Zur Vielfalt der Ansätze trägt bei, dass die 'Kommunikationsgeschichte' ein auch in der Kommunikationswissenschaft etabliertes Forschungsfeld ist,⁹ das sich jedoch nicht restlos mit dem der Geschichtswissenschaften deckt. Ein gewisser Schwerpunkt liegt bei beiden auf der Geschichte der 'öffentlichen Kommunikation' und der Mediengeschichte. Letztere bildet den am klarsten abgegrenzten Teilbereich und wird zum Teil von der Geschichte sozialer Kommunikation unterschieden.¹⁰

<9>

Die Vielzahl der Begriffe und Ansätze spiegelt sich in Wolfgang Behringers Artikel 'Kommunikation' in der 'Enzyklopädie der Neuzeit'. Demnach zählen dazu neben der Medien- und Technikgeschichte, die Geschichte der Infrastruktur, die Erforschung politischer, ökonomischer, literarischer und wissenschaftlicher Netzwerke, zentrale Orte der Sammlung von Medien, lokale Face-to-Face-Kommunikation sowie interkulturelle Kommunikation. Zur verbalen kommt überdies die nonverbale Vermittlung. Neben sehr konkreten stehen somit hoch abstrakte Fragestellungen, neben der Mikro- die Makrohistorie.¹¹ Betrachtet werden somit alle von Menschen produzierten Handlungen und Gegenstände mit semiotischer Funktion, die Spuren, die sie hinterlassen, und die technischen Bedingungen ihrer Möglichkeit. Es scheint, als ob genau jenes "Entgrenzungsproblem" eingetreten ist, vor dem Norbert Frei 1989 noch gewarnt hatte.¹² Kommunikation ist überall oder, wenn man den engeren Begriff zugrundelegt, zumindest überall da, wo Menschen sind. Aber diese können, nach Paul Watzlawick, bekanntlich nicht nicht kommunizieren.¹³

<10>

⁹ Vgl. die Einführungen von Klaus Arnold / Klaus Behmer / Bernd Semrad (Hg.): Kommunikationsgeschichte. Positionen und Werkzeuge. Ein diskursives Hand- und Lehrbuch (= Kommunikationsgeschichte 26), Berlin 2008; Andreas Böhn / Andreas Seidler: Mediengeschichte. Eine Einführung (= Bachelor-Wissen), Tübingen 2008; Frank Bösch: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen (= Historische Einführungen 10), Frankfurt a. M. u.a. 2011; Werner Faulstich: Geschichte der Medien, 5 Bde., Göttingen 1996-2004; Rudolf Stöber: Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2005; Horst Wenzel: Mediengeschichte vor und nach Gutenberg, Darmstadt 2007; Jürgen Wilke: Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte (= UTB 3166: Kommunikation und Medien), 2. Aufl., Köln / Weimar / Wien 2008.

¹⁰ Vgl. Volker Depkat: Kommunikationsgeschichte zwischen Mediengeschichte und der Geschichte sozialer Kommunikation. Versuch einer konzeptionellen Klärung, in: Karl-Heinz Spieß (Hg.): Medien der Kommunikation im Mittelalter (= Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 15), Stuttgart 2003, 9-48.

¹¹ Wolfgang Behringer: Art. "Kommunikation", in: Friedrich Jaeger (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 6, Stuttgart / Weimar, 995-1020.

¹² Norbert Frei: Presse, Medien-, und Kommunikationsgeschichte. Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Historische Zeitschrift 248 (1989), 101-114.

¹³ Paul Watzlawick / Janet H. Beavin / Don D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien, 8. Aufl., Bern / Stuttgart / Toronto 1990.

Eine solche Nicht-Begrenzung ist forschungspragmatisch wenig hilfreich, wenn es darum geht, den Beschreibungsausschnitt zu definieren, ohne den keine historische Arbeit auskommt. Dieser Vorwurf trifft jedoch nur eine Kommunikationsgeschichte, die sich als klassisch objektfixierter Ansatz begreift und den Anspruch erhebt, mit Kommunikation über einen konkreten Untersuchungsgegenstand zu verfügen. Eine derartige Herangehensweise ist zwar grundsätzlich denkbar, verschenkt aber Potenziale, die Kommunikation als Analysebegriff innewohnen. Kommunikation ist vielmehr als eine bestimmte Perspektivierung zu begreifen, die auf sehr viele unterschiedliche Objekte, Vorgänge und Praktiken angewendet werden kann. Damit können verschiedene Beobachtungsebenen aufeinander bezogen werden, was zu einem umfassenderen Verständnis der kommunikativen Praxis innerhalb der Institution wie auch der auf die Institution Bezug nehmenden kommunikativen Vorgänge führt.

<11>

Als Bedeutungsvermittlung umfasst Kommunikation neben der Übermittlung von Botschaften den parallel damit einhergehenden Prozess der Produktion einer spezifischen Beziehung zwischen Sender und Empfänger; und dies ganz unabhängig davon, ob diese einander bekannt sind. Nichts beschreibt daher eine Beziehung besser als die Bestimmung dessen, wie und worüber kommuniziert wurde. Kommunikation konstituiert individuelle Verbindungen ebenso wie Gruppen, ihre Spur führt zu persönlichen und räumlichen Netzwerken oder Beziehungsgeflechten und erlaubt Aussagen über zeitliche Begrenzungen von Konstellationen.

<12>

Diese Auffassung unterliegt auch neueren Ansätzen, Herrschaft, Verwaltung und Politik über ihre spezifischen kommunikativen Abläufe zu bestimmen.¹⁴ Für Politologen wie Historiker erweist sich die Art und Weise, wie zwischen Teilnehmern am politischen Geschehen und darüber hinaus mit ihren Beobachtern kommuniziert wird, geradezu als Lackmustest für politische Kultur.¹⁵ Vorgänge und Institutionen werden dabei aus der Perspektive der Akteure betrachtet und zugleich die Bedeutung der Ausdrucksform betont.¹⁶ 'Kommunikationskompetenz' wird Teil der Analyse von Funktionsweisen und Leistungen politischer Institutionen.¹⁷

¹⁴ Beispielsweise: Stefan Brakensiek / Heide Wunder (Hg.): *Ergebene Diener ihrer Herren? Herrschaftsvermittlung im alten Europa*, Köln u.a. 2005; Markus Meumann / Ralf Pröve (Hg.): *Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses* (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 2), Münster / Hamburg / Berlin / London 2005; Rudolf Schlögl (Hg.): *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt* (= Historische Kulturwissenschaft 5), Konstanz 2004; Ralf Pröve / Norbert Winnige (Hg.): *Wissen ist Macht. Herrschaft und Kommunikation in Brandenburg-Preußen 1650-1850* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts für die Geschichte Preußens e.V. 2), Berlin 2001.

¹⁵ Von politologischer Seite: Winfried Schulz: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, 15-17; aus historischer Perspektive: Neithard Bulst (Hg.): *Politik und Kommunikation. Zur Geschichte des Politischen in der Vormoderne* (= Historische Politikforschung 7), Frankfurt a. M. / New York 2009.

¹⁶ Beides wird neuerdings programmatisch gefordert. Vgl. die Beiträge in: Christina Antenhofer / Lisa Regazzoni / Astrid von Schlachta (Hg.): *Werkstatt Politische Kommunikation. Netzwerke, Orte und Sprachen des Politischen* (= Schriften zur politischen Kommunikation 6), Göttingen 2010.

¹⁷ Andreas Würzler: 'Reden' und 'Mehren'. Politische Funktionen und symbolische Bedeutung der eidgenössischen Tagsatzung (15.-18. Jahrhundert), in: Tim Neu / Michael Sikora / Thomas Weller (Hg.): *Zelebrieren und Verhandeln. Zur Praxis ständischer Institutionen im frühneuzeitlichen Europa* (=

<13>

Erste Untersuchungen dieser Art liegen auch für die älteren Reichstage¹⁸ sowie den Immerwährenden Reichstag vor, selbst wenn ihr Ansatz nicht immer explizit als kommunikationshistorischer bezeichnet wird. Neben praktischen und tagespolitischen Aspekten der Reichstagskommunikation¹⁹ wurden die symbolischen Funktionen und die zeremonielle Verfahrenslogik der Institution, die beide maßgeblich zur Produktion von zwischenständischen Beziehungen beitrugen, in grundlegenden Studien dargestellt.²⁰ Des Weiteren wurde die Bedeutung des Reichstags als Zentrum für politische Nachrichten schärfer konturiert. Bereits zeitgenössisch wurde er von auswärtigen Diplomaten²¹ wie auch von den Medien intensiv beobachtet. Das Verhältnis zwischen Reichstag und Medien war dabei ein durchaus ambivalentes, denn nicht über jede Aktion sollte berichtet werden. Dennoch griff man beinahe bedenkenlos auf verschiedenste Medien zurück, wenn es bestimmte Anliegen zu transportieren galt.²² Binnen- und Außenkommunikation standen folglich in einem engen Verhältnis, da sie sich stets aufeinander bezogen.

Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme 27), Münster 2009, 89-106, hier: 105, hat diesen Begriff für die Schweizer Tagsatzung geprägt.

¹⁸ Stellvertretend: Maximilian Lanzinner / Arno Strohmeyer (Hg.): Der Reichstag 1486-1613. Kommunikation, Wahrnehmung, Öffentlichkeiten (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 73), Göttingen 2006.

¹⁹ Karl Härter: Kurmainzer Reichstagsdirektorium: eine zentrale reichspolitische Schaltstelle des Reichserzkanzlers, in: Peter Claus Hartmann (Hg.): Der Mainzer Kurfürst als Reichserzkanzler. Funktionen, Aktivitäten, Ansprüche und Bedeutung des zweiten Mannes im Alten Reich (= Geschichtliche Landeskunde. Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz 45), Stuttgart 1997, 171-203; ders.: The Permanent Imperial Diet in European Context, 1663-1806, in: R. J. W. Evans / Michael Schaich / Peter H. Wilson (Hg.): The Holy Roman Empire 1495-1806, Oxford 2011, 115-135; Susanne Friedrich: Drehscheibe Regensburg. Das Informations- und Kommunikationssystem des Immerwährenden Reichstags um 1700 (= Colloquia Augustana 23), Berlin 2007.

²⁰ Hervorzuheben sind hier die Studien von Barbara Stollberg-Rilinger: Zeremoniell als politisches Verfahren. Rangordnung und Rangstreit als Strukturmerkmale des frühneuzeitlichen Reichstags, in: Johannes Kunisch (Hg.): Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (= Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 19), Berlin 1997, 91-132; dies. (Hg.): Vormoderne politische Verfahren (= Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 25), Berlin 2001; dies.: Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches, München 2008.

²¹ Beispiele für Studien zu auswärtigen Gesandtschaften: Anna Sinkoli: Frankreich, das Reich und die Reichsstände 1697-1702 (= Europäische Hochschulschriften 652), Frankfurt a. M. u.a. 1995; Jörg Ulbert: Der Reichstag im Spiegel französischer Gesandtenberichte (1715-1723), in: Olaf Asbach / Klaus Malettke / Sven Externbrink (Hg.): Altes Reich, Frankreich und Europa. Politische, philosophische und historische Aspekte des französischen Deutschlandbildes im 17. und 18. Jahrhundert (= Historische Forschungen 80), Berlin 2001, 145-169; Ernst Schütz: Die Gesandtschaft Großbritanniens am Immerwährenden Reichstag zu Regensburg und am kur(pfalz-)bayerischen Hof zu München 1683-1806 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 154), München 2007; Heinrich Rubner: Die französische Gesandtschaft am Regensburger Reichstag (1663-1702), in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 147 (2007), 165-204.

²² Andreas Gestrich: Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 103), Göttingen 1994, hat den Begriff einer eigenen 'Reichstagsöffentlichkeit' geprägt. Zum Zusammenhang von Reichstag und Medien auch: Johannes Arndt: "Pflicht=mässiger Bericht". Ein medialer Angriff auf die Geheimnisse des Reichstags aus dem Jahre 1713, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 4 (2002), 1-31; Manfred Schort: Politik und Propaganda. Der Siebenjährige Krieg in den zeitgenössischen Flugschriften (= Europäische Hochschulschriften 1023), Frankfurt a. M. u.a. 2006; Friedrich: Drehscheibe (wie Anm. 19), 405-535; Susanne Friedrich: Beobachten und beobachtet werden. Zum wechselseitigen Verhältnis von gedruckter Zeitung und Immerwährendem Reichstag, in:

<14>

All diese Ansätze können nicht darüber hinwegtäuschen, dass für den Immerwährenden Reichstag kommunikationshistorisch noch Forschungsbedarf besteht. Dabei sind es gerade die Chancen und Grenzen von Reichspolitik sowie der systemische Stellenwert von kleinen wie großen Reichsständen und anderen Akteuren, die eine Analyse ihrer Einbindung in das Kommunikationssystem des Reiches und ihres eigenen Kommunikationsverhaltens deutlich zu machen verspricht.

<15>

Neben der Übermittlung von Botschaften ist dabei vor allem der Aspekt der Herstellung von Beziehungen stärker in den Blick zu nehmen. Es wurde zu Recht festgestellt, dass Klientel- und Patronageverhältnisse innerhalb des Reiches ebenso wenig erforscht sind wie Parteibildungen.²³ Dasselbe gilt für die Netzwerke der Reichstagsgesandten untereinander wie für solche, die sie jenseits Regensburgs unterhielten. Einen weiteren 'blinden Fleck' bildet das Verhältnis der Abgesandten (und der Korrespondenten) zu ihren Prinzipalen. Durch die Berücksichtigung dieser Punkte würde auch der Eigendynamik des Reichstags als Institution stärker als bisher Rechnung getragen.

<16>

Für unser Quellensample ergibt sich aus diesen Überlegungen eine Reihe von interpretatorischen Ansatzpunkten. Im Folgenden werden davon fünf herausgegriffen, die sich zunehmend vom Objekt 'Kommunikation' zu Kommunikation als Perspektive verschieben. Als erstes sollen die Reaktionen auf die Unterbrechung der Kommunikation zwischen Regensburg und Wien untersucht werden, woraus sich Rückschlüsse auf die Bedeutung des Briefverkehrs ergeben. Nach diesem Blick auf die mediale Infrastruktur werden vier verschiedene Formen von Beziehungen fokussiert: Zunächst wird das Briefbündel selbst als Momentaufnahme eines Ausschnitts des kommunikativen Netzwerks Kardinal Lambergers analysiert. Anschließend wird der Inhalt der Briefe einer intensiveren Betrachtung unterzogen. Dabei wird zuerst nach den darin hervortretenden reichstagsinternen Kommunikationsstrukturen und Parteibildungen gefragt, dann das Verhältnis der kaiserlichen Gesandten untereinander und schließlich das zwischen dem Prinzipalkommissar und der Wiener Zentrale untersucht.

Die Bedeutung des *commercium literarum*: Reaktionen auf das Abfangen der Briefe

<17>

Das Abfangen bzw. Behindern des Kuriers und der Post unterbrach ein eingespieltes Kommunikationssystem.²⁴ Viel stärker noch als die vorangegangenen war der Immerwährende Reichstag nicht nur ein Kommunikationsgeschehen in sich selbst, sondern

Volker Bauer / Holger Böning (Hg.): Die Entstehung des Zeitungswesens im 17. Jahrhundert: Ein neues Medium und seine Folgen für das Kommunikationssystem der Frühen Neuzeit (= Presse und Geschichte 54), Bremen 2011, 159-178; Peter Brachwitz: Die Autorität des Sichtbaren. Religionsgravamina im Reich des 18. Jahrhunderts (= Pluralisierung & Autorität 23), Berlin / New York 2011, vor allem 15-59.

²³ Michael Rohrschneider/ Arno Strohmeier: Der Immerwährende Reichstag als Forschungsfeld: Klientel, Patronage und Parteibildung Österreichs und Preußens um 1750 im Vergleich, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 119 (2011), 168-180.

²⁴ Zur Einbindung Regensburgs in das Postnetz: Martin Dallmeier: Die thurn und taxische Reichspost in der Stadt des Immerwährenden Reichstages, in: Regensburger Almanach 24 (1991), 51-61; weitere Hinweise bei Friedrich: Drehscheibe (wie Anm. 19), 65-70.

war, um entscheidungsfähig zu sein, auch auf den kommunikativen Austausch mit anderen Orten angewiesen. Eine intakte postalische Infrastruktur, die den steten Wechsel von Bericht und Instruktion zwischen Regensburg und der heimischen Regierung gewährleistete, war für die Reichstagsgesandten eine Selbstverständlichkeit. Zugleich aber war sie eine Voraussetzung für die Existenz des Reichstags als Gesandtenkongress. Seit Mitte März 1703 jedoch begannen sich die Meldungen über Störungen zu mehren. Die Gesandten führten die von ihnen beobachteten Verspätungen und Unterbrechungen auf die Kriegshandlungen zurück, durch die Brücken zerstört waren, aber auch darauf, dass Bayern die Post offenbar visitierte und aufhielt. Der bayerische Gesandte sah sich beinahe täglich mit Klagen über die Unterbrechung des *commercium literarum* konfrontiert.²⁵

<18>

Die Gesandten reagierten auf alles, was mit ihrer Post zusammenhing, sehr sensibel. Mit dem Zurückschicken und mehr noch mit dem Ausplündern der Kuriere des Kardinals erreichten die Störungen eine neue Dimension. Die Ereignisse wurden breit referiert und als skandalös gebrandmarkt,²⁶ denn diplomatische Korrespondenz stand nach allgemeiner rechtlicher Auffassung unter Schutz.²⁷ Lamberg teilte bereits den ersten Zwischenfall, bei dem sein am 20. März entsandter Kurier aufgehalten und zurückgeschickt worden war, dem Mainzer Gesandten mit, der die Reichstagskollegien informierte, die dies als Verstoß gegen die bayerischen Zusagen interpretierten. Denn nur wenige Tage zuvor hatte Max Emanuel der Stadt Regensburg zum wiederholten Mal zugesichert, sie wegen des Reichstags "in commercio rerum & literarum gantz ungekränkt" zu lassen.²⁸ Der bayerische Gesandte musste sich daher eine sehr heftige offizielle Beschwerde anhören.²⁹

<19>

Die ungestörte Kommunikation mit dem Kaiser war für den Reichstag selbst von Bedeutung, denn ohne den Austausch mit dem Reichsoberhaupt konnte kein gültiger Beschluss gefasst werden. Den Berichten des Prinzipalkommissars lagen zwei vom Mainzer Gesandten ausgefertigte Reichsschlüsse bei, die dem Kaiser zur Ratifikation gesandt werden sollten.³⁰ Die Unterbrechung des Postverkehrs bedrohte folglich die Funktionsfähigkeit des Reichstags. Wohl deshalb alarmierte Lambergs Mitteilung die Gesandten so sehr. Die kaiserliche Seite sah darüber hinaus auch die Würde des Kaisertums gefährdet, falls die Korrespondenz zwischen Kaiser und Reich der Willkür des Kurfürsten von Bayern ausgeliefert sei.³¹

²⁵ BHStA, Ä.A. 3494, Berichte vom 12. und 21.3.1703, Schreiben von Zindt an Wohledelgebohner vom 15. 3.1703; Beispiele für die Klagen: Stadtarchiv Augsburg, Reichstagsakten (im Folgenden: StadtAA, RTA) 363, Berichte vom 13.3.1703, Korrespondenz vom 15.3.1703; BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambergs [an Graf Schlick] vom 20.3.1703, 103r., Bericht Lambergs 20.3.1703, 127v.

²⁶ StadtAA, RTA 363, Bericht vom 27.3.1703, Korrespondenz vom 29.3.1703, RTA 382, Korrespondenz vom 27.3.1703; Staatsarchiv Nürnberg, Fürstentum Ansbach, Reichstagsakten (im Folgenden: StAN, Ansbach, RTA) 191, Berichte vom 26. und 28.3.1703.

²⁷ Beispielsweise Justinus Presbeuta [= Heinrich Henniges]: *Discursus de Jure Legationis Statuum Imperii, Elevationis 1701*, 145.

²⁸ Faber: *Staats-Cantzley* (wie Anm. 5), 117: Versicherung an die Stadt vom 12.3.1703, eine frühe Zusicherung stammte vom 8.1.1703, vgl. Anton Faber [= Christian Leonhard Leucht]: *Europäische Staats-Cantzley [...]*, Bd. 7, 750-752.

²⁹ BHStA, K. schw. 4665, Bericht der österreichischen Gesandtschaft 16.3.1703, 8v, 10r-11r.

³⁰ Als Beilagen zum Bericht der Prinzipalkommission gehörten: Reichsschluss vom 16.3.1703, 133r-134r, Reichsschluss vom 16.3.1703, 135r-140r. Zudem lag ein Originalschreiben der Stadt Regensburg an den Kaiser bei: 129r-130r.

³¹ Akten der Prinzipalkommission, Fiche 672, 2. Punkt des Pro Memoria.

<20>

Neben der Unterbrechung des Austausches mit Wien wog die Tatsache schwer, dass der Inhalt der Briefe jemandem bekannt wurde, der davon nichts wissen sollte. Höchst problematisch war dies, weil die Berichte des Prinzipalkommissars und der österreichischen Gesandtschaft vertrauliche Passagen enthielten. Ein 'Pro Memoria' für die Wiener Geheime Konferenz stellte kurz nach dem Verlust der Briefe zusammen, was Bayern erfahren haben könnte. An erster Stelle werden die Ergebnisse der Sondierungen zur vom Kaiser gewünschten Achterklärung gegen Bayern genannt.³² Dass Bayern nun wusste, dass auf dem Reichstag dafür momentan keine Mehrheit bestand, beraubte den Kaiser eines Druckmittels.

<21>

Dem bayerischen Kurfürsten und seiner Regierung war klar, dass die Vorfälle das Zutrauen der Gesandten nicht gerade förderten. Einen Bruch mit dem Reichstag wollten sie jedoch nicht riskieren. Nach der ersten Affäre stellte der bayerische Gesandte, Kaspar Marquard von Zindt, das Geschehene in einer Audienz beim Prinzipalkommissar noch als Ergebnis des Fehlverhaltens des Kuriers hin. Lamberg ging vordergründig darauf ein und sicherte sogar die Bestrafung des Bediensteten zu.³³ Nach dem Abfangen des zweiten Kuriers erfolgte die Entschuldigung von höherer Stelle. In einem eigenhändigen Brief an den Kardinal versprach der Kurfürst die Verfolgung des "zusammen gerotteten schlimmen raubgesindl[s]", "damit auch durch dergleichen mauspartheyen das freye commercium mit Regensburg zu behueff des reichs convents, in meinen landten nit gehemet werde[n]". Erneut versicherte er einen freien und ungestörten Briefverkehr.³⁴ Dass dies nicht verding, zeigt der Bericht seines eigenen Gesandten. In einem Gespräch habe ihn sein Mainzer Kollege wissen lassen, dass man sehr wohl erfahren habe, dass der Kurfürst erst kürzlich fünf nach Wien gesandte Pakete habe abfangen lassen und "solche mit aignen handten selbstn eröffnet" habe.³⁵

<22>

Infolge dieser Zwischenfälle gewann die bereits länger laufende Debatte um die Verlegung des Reichstags neuen Auftrieb, da nun die Sorge um die freie Abstimmung mit jener um den freien Briefverkehr verknüpft wurde.³⁶ Bis zur Jahreswende 1702/03 sah es so aus, als ob die Neutralisierung Regensburgs gelingen würde. Der Reichsschluss vom 4. Dezember 1702 forderte das allseitige Versprechen, die Stadt von Militär frei zu halten und wie eine Kongressstadt zu behandeln.³⁷ Der Kaiser versprach am 29. Dezember, keine Truppen in die Stadt zu legen. Bayern erteilte dem Reichstag am 8. Januar 1703 nach längeren Verhandlungen eine *Assecuration*, band diese aber an noch weitergehende Zusagen des Kaisers.³⁸ Fast zeitgleich jedoch verschärfte sich der Konflikt zwischen Bayern und Österreich; die damit einhergehenden wechselseitigen Anklagen erreichten den Reichstag nun in schneller Abfolge. Aufgrund seiner geographischen Lage geriet der Ort Regensburg

³² Akten der Prinzipalkommission, Fiche 672, Pro Memoria.

³³ BHStA, Ä.A. 3494, Schreiben Zindts an Wohledlgebohner vom 23.3.1703. Tatsächlich hielt er es für eine Kriegsmaßnahme. BHStA, K. schw. 4665, Bericht vom 22.3.1703, 212r.

³⁴ BHStA, Ä.A. 3494, Kopie des Schreibens Kurfürst Max Emanuels an Kardinal Lamberg vom 27.3.1703. Abgedruckt in: Faber: Staats-Cantzley (wie Anm. 5), 104-106.

³⁵ BHStA, Ä.A. 3494, Schreiben an Wohlgebohrnen Herrn vom 30.3.1703.

³⁶ BHStA, K. schw. 4665, Bericht der österreichischen Gesandtschaft vom 16.3.1703, 13rf.; StadtAA, RTA 363, Berichte und Korrespondenzscheiben zwischen 27.3.1703 und 29.5.1703;

³⁷ Faber: Staats-Cantzley (wie Anm. 28), 739f. Der Schluss nennt als Vorbilder zum Beispiel Münster, Osnabrück, Nijmegen und Aachen.

³⁸ Der Beginn der Verhandlungen wurde mit dem Reichsschluss vom 19.12.1702 beschlossen. Dieser und die Assekuration vom 8.1.1703 in: Faber: Staats-Cantzley (wie Anm. 28), 747-752.

immer mehr zwischen die Fronten. Der Kaiser brachte schließlich die Verlegung des Reichstags ins Spiel, was auch der Mainzer unterstützte.³⁹

<23>

Das Abfangen der Briefe und die kaiserliche Haltung zu den bayerischen Forderungen führte den Reichstagsgesandten die Vergeblichkeit ihrer Hoffnungen vor Augen, Regensburg werde von den Kriegsparteien als neutral behandelt. Seit Februar wurde immer wieder über eine Verlegung des Reichstags debattiert, allerdings ohne dass dafür eine Mehrheit in Sicht gewesen wäre. Nun aber mehrten sich die Stimmen derjenigen, die die Stadt verlassen wollten. Die Unmöglichkeit eines Bleibens thematisierte in der Ausgabe vom April 1703 sogar die Zeitschrift 'Monatlicher Staat-Spiegel', die dafür in Regensburg kursierende *Considerationes* aufgriff. Einen der Gründe bildete die Unsicherheit des Briefverkehrs, die "verschiedliche facheuse Exempel bezeugeten".⁴⁰ Dass es schließlich doch nicht zu einer Verlegung kam, bedingte die Uneinigkeit über einen möglichen Ausweichort ebenso wie die militärische Situation. Die Stadt war von bayerischem Militär umgeben und ein Generalpass wurde zwar immer wieder in Aussicht gestellt, aber nie erteilt.⁴¹

Eine Momentaufnahme: Das Netz des Kardinals

<24>

Was für den Reichstag ein Alarmsignal war, ist für den Historiker eine Chance. Die Brieftasche des Kuriers fungiert als Momentaufnahme auf das Korrespondenznetz des Kardinals. Besonders vielversprechend ist, dass hier der Zusammenhang zwischen Briefen erhalten geblieben ist, die für gewöhnlich niemals zusammen aufbewahrt werden: die offizielle und die private Korrespondenz einer Person eines bestimmten Tages. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass dies lediglich die Briefe aus einer Himmelsrichtung sind, da wir es allein mit denen der Wiener Postlinie zu tun haben. Es kann somit nur ein kleiner, aber aufschlussreicher Ausschnitt aus dem Lambergischen Korrespondenznetz rekonstruiert werden.

<25>

Bei den Briefen handelt es sich um insgesamt 226 beschriebene Blatt, teils in Folio-, teils in Quartformat. Diese verteilen sich auf 27 Schreiben, zu einem großen Teil mit Postskripta, von denen allerdings sieben nicht sicher zuzuordnen sind. Neben den bereits erwähnten fünf Berichten⁴² stammen drei Schreiben aus der Feder des österreichischen Gesandten von

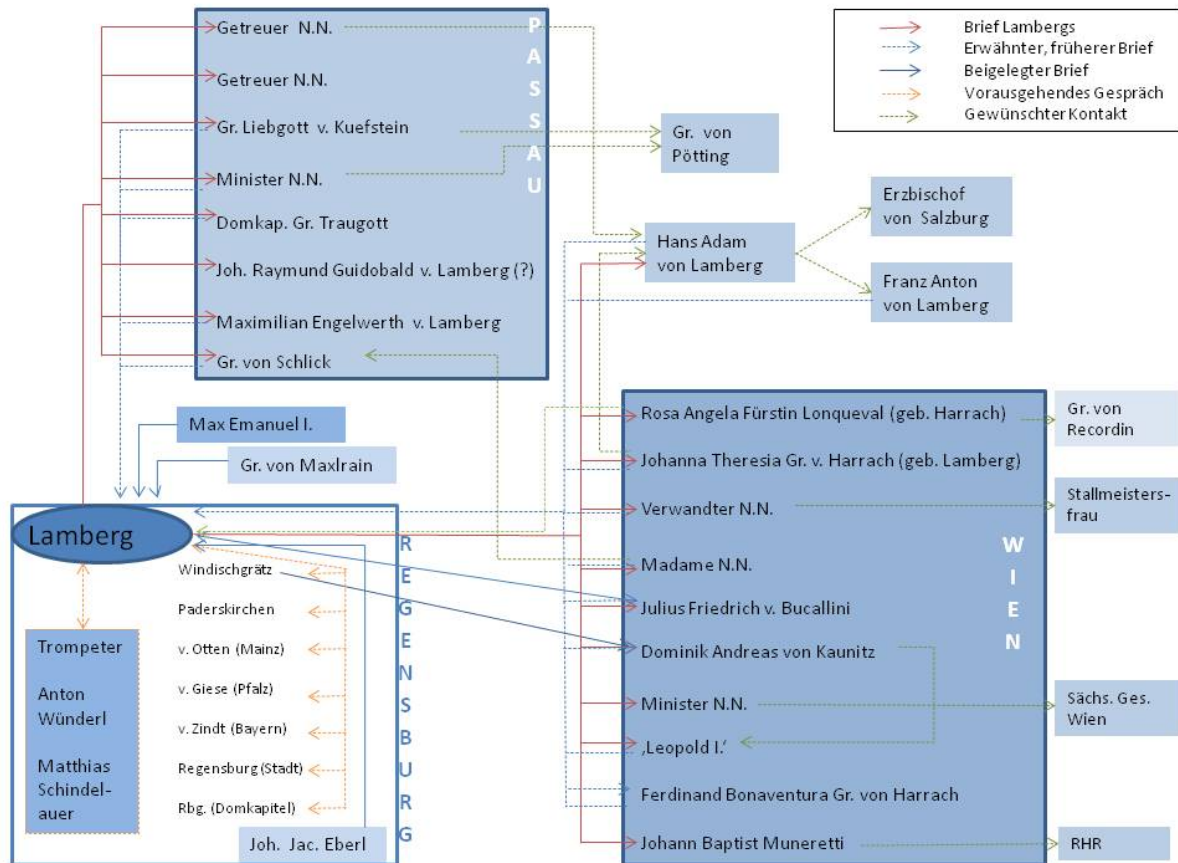
³⁹ Akten der Prinzipalkommission, Bericht vom 28.2.1702.

⁴⁰ Monatlicher Staat-Spiegel; Worinnen alles Merckwürdige/ so in Europa vorgeht/ absonderlich die im Heil. Röm. Reich vorfallende Geschäfte/ [...] aus besonders guten Correspondentzen und Nachrichten/ samt einigen Politischen Reflexionen zu sehen und anzutreffen, Augsburg, März 1703, 54f.; vgl.: BHStA, Ä.A. 3494, Einige Considerationes, Punkt 5.

⁴¹ Vgl. wenn auch in der Interpretation veraltet: Arnold Berney: Der Reichstag zu Regensburg (1702-1704), in: Historische Vierteljahrschrift 24 (1929), 389-442.

⁴² BHStA, K. schw. 4665, 2r-30v, 112r-142r, 143r-145r, 146r-194v, 211r-220v.

Windischgrätz,⁴³ ein Schreiben vom sächsischen Gesandten Georg Wilhelm von Werthern,⁴⁴ eines vom Passauer Kammerrat Götl⁴⁵ und 17 von Lamberg selbst.



Grafik: Teil des Kommunikationsnetzes von Kardinal Johann Philipp Lamberg auf Basis der am 23. März 1703 abgefangenen Briefe (Entwurf S. Friedrich).

<26>

Die Schreiben des Kardinals, der zugleich Fürstbischof von Passau war, richten sich teils an Passauer, teils an Wiener Adressaten. Leider können davon nicht alle identifiziert werden. Von den Passauer Schreiben sollten drei an hohe Beamte der fürstlichen Administration gehen.⁴⁶ Eines war für seinen angeheirateten Neffen Liebgott Graf von Kuefstein bestimmt.⁴⁷ Ein weiteres Schreiben wendet sich an einen nahen Verwandten aus dem geistlichen Stand,

⁴³ BHStA, K. schw. 4665, 31r-38v, dazu Postskriptum: 64r-65v, 39r-46v, 47r-63r.

⁴⁴ BHStA, K. schw. 4665, 120r-121r. Das Schreiben war vermutlich für Johann Matthias von der Schulenburg bestimmt, der zu diesem Zeitpunkt die sächsischen Kavallerieeinheiten bei Bayerbach befehligte.

⁴⁵ BHStA, K. schw. 4665, 221r-222r.

⁴⁶ BHStA, K. schw. 4665, 66r, 74r, 112r-113v.

⁴⁷ BHStA, K. schw. 4665, 106r-111v.

möglicherweise an Johann Raymund Guidobald von Lamberg.⁴⁸ Zwei Schreiben sollte der Kommandant der Feste, Graf Maximilian von Lamberg, erhalten.⁴⁹ Die häufige Nennung des Namens Lamberg oder der Verwandtschaftsbezeichnung 'Neffe' verweist darauf, dass Johann Philipp seine Ämter in Kirche und kaiserlichem Dienst zur Versorgung seiner Familie einsetzte. Wie Klaus Müller gezeigt hat, ging er dabei höchst planvoll zu Werke. Er verschaffte sich und seinen Angehörigen mächtige Patrone und trat selbst als solcher auf.⁵⁰

<27>

Seine Funktion als Patron seiner Familienangehörigen kommt in einer Reihe von Schreiben zum Ausdruck, die seine Intervention zu Gunsten seines Neffen Hans Adam von Lamberg zum Thema haben. Eines der persönlichsten Schreiben war für den Neffen bestimmt.⁵¹ Dieser hatte sich und seine Familie durch die Entführung von Maria Anna Eleonora von Liechtenstein in ziemliche Schwierigkeiten gebracht. Ihr einflussreicher Vater hatte sich direkt an den Kaiser gewandt, der den Urheber des Skandals sofort verhaften ließ. Johann Philipp musste viel Einfluss geltend machen, um den Neffen aus dem Arrest zu befreien. Die Affäre hatte das Ansehen der gesamten Familie empfindlich getroffen, was Johann Philipp klar erkannte und was für ihn zudem zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt kam.

<28>

Die schwierige Lage, in der sich Lamberg selbst befand, geht aus seinem Schreiben an den kaiserlichen Befehlshaber Graf Leopold von Schlick hervor.⁵² Dieser hatte wenige Tage zuvor Passau zu dessen eigenem Schutz, wie er sagte, eingenommen. Aus vielen der Schreiben Lambergs wird deutlich, dass er als Landesherr die Notwendigkeit einer kaiserlichen Besatzung nicht einsah, dass er sie vielmehr als persönlichen Affront begriff.⁵³

<29>

Seine Meinung artikulierte er auch in den Briefen nach Wien. Mehrere von ihnen gingen an den Reichsvizekanzler Dominik Andreas von Kaunitz⁵⁴ und an einen weiteren kaiserlichen Minister, möglicherweise den Hofkanzler Julius Friedrich Graf von Bucallini,⁵⁵ mit dem er nachweislich korrespondierte.⁵⁶ An nahe Verwandte in der Kaiserstadt, wie seine Schwester Johanna Theresia, die Frau des einflussreichen Oberhofmeisters Ferdinand Bonaventura von Harrach,⁵⁷ und seine Nichte Rosa Angela Fürstin von Lonqueval,⁵⁸ sandte er ebenfalls Briefe. Der Empfänger eines weiteren Schreibens stammt aus dem erweiterten Familienkreis,⁵⁹ lässt sich aber nicht sicher benennen. Ein Brief ging an den Reichshofratsagenten Johann Baptist Muneretti, dem ein Schreiben des Grafen von Maxrain

⁴⁸ BHStA, K. schw. 4665, 75rf. Dieser war seit 1701 Weihbischof von Passau. Vgl. August Leidl: Das Bistum Passau zwischen Wiener Konkordat (1448) und Gegenwart. Kurzporträts der Passauer Bischöfe, Weihbischöfe, Offiziale (Generalvikare) dieser Epoche, Passau 1993, 223.

⁴⁹ BHStA, K. schw. 4665, 223r-224v und 225r-226v.

⁵⁰ Vgl. Klaus Müller: Habsburgischer Adel um 1700: Die Familie Lamberg, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 32 (1979), 78-108, hier: 78-108.

⁵¹ BHStA, K. schw. 4665, 67r-69r.

⁵² BHStA, K. schw. 4665, 103r-105r.

⁵³ Vgl. BHStA, K. schw. 4665, 77v-78v.

⁵⁴ BHStA, K. schw. 4665, 91r-102r, 204r-210r.

⁵⁵ BHStA, K. schw. 4665, 83rf., 84r-89v.

⁵⁶ Ein Auszug aus einem von dessen Schreiben liegt dem Brief an Hans Adam von Lamberg bei. BHStA, K. schw. 4665, 82r.

⁵⁷ BHStA, K. schw. 4665, 72r-73r. Zu Harrach vgl. Müller: Habsburgischer Adel (wie Anm. 50), 94f.

⁵⁸ BHStA, K. schw. 4665, 70rf.

⁵⁹ BHStA, K. schw. 4665, 76r-79r.

weitergeleitet wurde, mit dem Auftrag, sich um dessen Anliegen am Reichshofrat zu kümmern.⁶⁰

<30>

In vielen der Briefe wird über Reichstagsangelegenheiten berichtet, in denen an die kaiserlichen Minister ist dies sogar der Hauptinhalt. Ihnen berichtet Lamberg über seine Befürchtung einer drohenden ungeordneten Auflösung des Reichstags, über die Gefahr eines kaiserlichen Autoritätsverlustes, die desaströse militärische Lage der kaiserlichen Truppen, darüber, was politisch auf dem Reichstag erreicht werden könne und was nicht, und er rät zu bestimmten politischen Maßnahmen. Über die Netze, in die die Gesandten, ihre Verwandten sowie die kaiserlichen und fürstlichen Beamten eingebunden waren, wurden Nachrichten aus Regensburg somit weit über den Kreis der eigentlichen Berichtsempfänger hinaus verteilt und solche an kaiserliche Minister um etwas, das man 'Klartext' nennen könnte, ergänzt.

<31>

Das Netzwerk des Kardinals umfasste somit die Personenkreise, die man bei einem hohen Diplomaten erwarten konnte: Minister der entsendenden Regierung, Freunde und Gönner, eigene Protegés, aber auch Verwandte, insbesondere solche in einflussreichen Positionen, ergänzt um weitere, zu denen es ein besonderes Verhältnis gab. Eher ungewöhnlich für einen Diplomaten sind dagegen Briefe, die sich mit Befehlen an Untergebene in Regierungs- und Verwaltungsfunktionen richten. Dies zeigt, dass ein Prinzipalkommissar kein gewöhnlicher Diplomat war. Um diese Position bekleiden zu können, musste er selbst ein regierender Fürst sein, was ihm unter den kaiserlichen Diplomaten eine spezielle Stellung verschaffte.

Die Stellung der kaiserlichen Gesandtschaft in den Regensburger Netzen

<32>

Die Reichstagsgesandten waren in Regensburg in ein Netz politischer Kommunikation eingebunden, dessen konstituierendes Merkmal die Zugehörigkeit zum Reichstag war. Zumindest nach den Berichten entsteht der Eindruck, als ob Kontakte zu Angehörigen anderer Kreise eher selten waren, auch wenn davon auszugehen ist, dass es sie gab. Die Kommunikation der Gesandtschaften untereinander, über die relativ ausführlich und regelmäßig berichtet wurde, kann unterteilt werden in die unvermeidbare institutionell bedingte, deren wichtigste Komponente die Treffen auf dem Rathaus waren, und in mehr oder weniger 'freiwillige' Formen des Kontakts, wie Visiten, Audienzen, Privatbesuche oder gesellschaftliche Ereignisse.

<33>

Für den Prinzipalkommissar entfiel die Möglichkeit einer Zusammenkunft auf dem Rathaus, denn als Vertreter des Kaisers hatte er keinen Zutritt zu den Beratungen. Aufgrund der gleichen Funktion traf er allerdings häufig mit dem Mainzer Gesandten Ignaz Anton von Otten⁶¹ zusammen, der ihm gegenüber den Reichserzkanzler und den Reichstag selbst repräsentierte. Es verwundert daher nicht, dass er in den abgefangenen Briefen am häufigsten als Gesprächspartner erwähnt wird. Bei diesen Treffen wurden Reichsschlüsse

⁶⁰ BHStA, K. schw. 4665, 197r-202v, inklusive des Schreibens des Grafen von Maxreihn.

⁶¹ Zu seiner Biographie: Theodor Niederquell: Ignaz Anton Freiherr v. Otten, kurmainzischer Prinzipalgesandter und Direktor am Reichstag zu Regensburg (1664-1737), in: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 75 (1980), 115-151.

und Kommissionsdekrete ebenso ausgetauscht wie Nachrichten. Zugleich wurde die jeweilige Agenda beider Höfe für den Reichstag verglichen. Schon aufgrund seiner Funktion galt von Otten stets als besonders gut informiert. Immer wenn die Kaiserlichen ein Meinungsbild aus dem Kurfürstenkolleg wünschten, wurde bei ihm nachgefragt.⁶² Von Otten tendierte zur kaiserlichen Partei, der Bayer rechnete ihn ihr aber erst ab Mitte April 1703 zu.⁶³

<34>

Die Unterstützung des Mainzers war für die Kaiserlichen aufgrund seiner zeremoniellen und verfahrensrechtlichen Stellung von großer Bedeutung, was sich insbesondere in Fällen des Anstoßens wie auch in solchen des Verhinderns von Beratungen erweist. So schildern die abgefangenen Berichte, wie es mit seiner Hilfe zu verhindern gelang, dass die Idee einiger Kurfürstlicher, einen Reichsschluss notfalls ohne kaiserliche Ratifikation ausfertigen zu können, auch nur beraten wurde.⁶⁴ Der Mainzer handelte dabei durchaus im eigenen Interesse, denn ein solcher Beschluss hätte seine Position als offizieller Mittler beeinträchtigt.

<35>

Ein weiteres Spezifikum der Kommunikationssituation des Prinzipalkommissars war, dass ein offizielles Treffen mit ihm keine Visite, sondern eine Audienz darstellte, was erhöhten zeremoniellen Aufwand bedeutete und schon einmal die Absendung eines Kuriers verzögern konnte. Zumindest verspätete sich die Abreise des Kuriers am 20. März 1703 durch eine vom bayerischen Gesandten gewünschte Audienz, bei der dieser Lamberg Schriftstücke übergab, die er noch einzusenden bat.⁶⁵ Als weitere Gesprächspartner und Audienznehmer werden in Lambergs Bericht der Pfälzer Phillip Konstanz von Giese, eine Regensburger Delegation, einige nicht näher benannte kurfürstliche und fürstliche Gesandte und eine Abordnung des Regensburger Domkapitels angeführt.⁶⁶ Kontakt bestand auch zum sächsischen Gesandten, der sich selbst zur kaiserlichen Partei gerechnet zu haben scheint, den der Kardinal allerdings verdächtigte, als Direktor des Corpus Evangelicorum die Kriegsmaterie mit protestantischer Konfessionspolitik verbinden zu wollen.⁶⁷

<36>

Die Zahl der Kommunikationspartner mag nicht sonderlich hoch erscheinen, doch ist zu bedenken, dass das Konvolut nur die Kontakte einiger weniger Tage widerspiegelt. Lamberg selbst fühlte sich gut in das Regensburger Netz eingebunden, zumindest behauptete er mit einem gewissen Stolz, er habe "von allen gar exacte information". Er selbst führte diesen Umstand auf die von vielen seiner Gesprächspartner gehegte Vermutung zurück, seine Relationen würden in Anwesenheit des Kaisers in der Konferenz verlesen.⁶⁸ Die vermeintliche Möglichkeit, über Lamberg direkt das Ohr des Kaisers zu erreichen, verstärkte seine Attraktivität als Kommunikationspartner.

<37>

⁶² Bspw. BHStA, K. schw. 4665, Bericht der österreichischen Gesandtschaft vom 16.3.1703, 12r.

⁶³ BHStA, Ä.A. 3494, Schreiben Zindts an Unbekannt vom 18.4.1703. Von Otten war seit 3.2.1703 Titularreichshofrat und bezog dafür auch ein Gehalt. Vgl. Niederquell: Otten (wie Anm. 61), 129.

⁶⁴ BHStA, K. schw. 4665, Bericht der österreichischen Gesandtschaft vom 16.3.1703, 8r.

⁶⁵ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambergs an Reichsvizekanzler, datiert auf: "nach 8 uhr abents den 20 Marty 1703", 114rf.

⁶⁶ BHStA, K. schw. 4665, Berichte Lambergs vom 20. und 22.3.1703, 124r-128r, 211r-212r.

⁶⁷ BHStA, K. schw. 4665, Lamberg an einen kaiserlichen Minister, 90rf.

⁶⁸ BHStA, K. schw. 4665, Postskriptum zum Schreiben Lambergs [vermutlich an Bucallini], 89r, dort auch das Zitat.

Der Kardinal selbst scheint allerdings nicht davon überzeugt gewesen zu sein, dass seine Berichte den Kaiser erreichten. Wien setzte mehr auf direkte Verhandlungen mit Höfen und Kreisen als auf solche am Reichstag. Nach der Reichskriegserklärung 1702 gingen von dort kaum Versuche aus, die Verbündeten in Regensburg zu einer sichtbaren Partei zu bündeln. Dabei war die Mobilisierung und Sichtbarmachung von Parteigängern eine der wesentlichen Funktionen der Reichstagsgesandtschaften. Parteiungen wurden zwar selten in Regensburg geschaffen, aber sie treten nirgendwo sonst so deutlich hervor wie hier. Deutlicher als jede traditionelle Politikgeschichte legt dabei eine Untersuchung der Kommunikationsströme die Binnendifferenzierung des Reichstags in Gruppen und Parteien offen.

<38>

Österreich, beziehungsweise der Kaiser, hatte in Regensburg traditionell einen festen Stamm von 'Wohlintentionierten'.⁶⁹ Im März 1703 scheint dieser jedoch nicht klar umrissen. Das militärische Kräfteverhältnis war nur schwer zu berechnen. Die Folgen einer offenen Parteinahme waren daher kaum abzuschätzen und so zögerten viele Stände. Aus den Briefen und Berichten von 1703 spricht insbesondere in der Frage des Umgangs mit Bayern eine eher geringe Neigung zu offener Parteinahme. Das mag an der oben beschriebenen schwierigen Situation Regensburgs gelegen haben, das sich von bayerischen Truppen eingekreist sah, weshalb es sich viele Gesandte mit dem bayerischen Kollegen nicht verschmerzen wollten.

<39>

Mehr noch als die des Prinzipalkommissars, war es die Aufgabe der österreichischen Gesandtschaft, die erwähnten 'Wohlintentionierten' zusammenzuhalten. Die schwache Besetzung der österreichischen Gesandtschaft erschwerte dies 1703 jedoch und offenbart zudem das abnehmende Interesse Wiens an der Institution. Zur Gesandtschaft gehörten der wegen eines Zeremonialstreits bislang nicht offiziell legitimierte Ernst Friedrich von Windischgrätz⁷⁰ und der als alt und kränklich beschriebene Johann Peter Pader von Paderskirchen.⁷¹ Über die Netzwerke dieser Gesandten kann auf Basis der vorliegenden Briefe kaum eine Aussage gemacht werden. Es gibt nur einige Hinweise zu Windischgrätz, aus denen hervorgeht, dass er Kontakt zum Trierer Gesandten Franz Johann von Wetzel und zum Badener Gesandten Christoph Heinrich Zeller von Etmannsdorf hatte.⁷² In der Kaiserlichen Kommission war das den Prinzipalkommissar unterstützende Amt des Konkommissars nach Johann Friedrich von Seilerns Abreise nicht wiederbesetzt worden. Das Burgundische Votum, das eine Zeit lang dem zweiten österreichischen Gesandten Franz Rudolf von der Halden aufgetragen war, war seit Ende 1702 suspendiert.

⁶⁹ Vgl. hierzu und zum vorigen Abschnitt: Friedrich: Drehscheibe (wie Anm. 19), 254-262.

⁷⁰ Er legitimierte sich dem Verzeichnüß Derjenigen Churfürsten/ Fürsten und Ständen deß Heiligen Römischen Reichs/ auch der an- und abwesenden Räthen/ Botschafften und Gesandten/ Wie sich dieselbe auf dem Von Weyland dem Allerdurchleuchtigsten/ Großmächtigsten und Unüberwindlichsten Fürsten und Herrn/ Herrn Leopoldo, erwählten Römischen Käysern [...] Nach Dero und deß H. Röm. Reichs Stadt Regenspurg auf den 8. Junii 1662 außgeschriebenen Reichs-Tag [...] biß 1719 continuiert und prorogiert worden, Regensburg [1719] nach am 8.4.1703. Zur Biographie: Walter Fürnrohr: Die Vertreter des habsburgischen Kaisertums auf dem Immerwährenden Reichstag II, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), 99-148, hier: 131f.

⁷¹ Fürnrohr: Vertreter (wie Anm. 70), 129f.; Franz Niedermayer: Johann Philipp von Lamberg, Fürstbischof von Passau (1651-1712). Reich, Landesfürst und Kirche im Zeitalter des Barock, Passau 1938, 21.

⁷² BHStA, K. schw. 4665, Schreiben an einen Reichsgrafen 18.3.1703, 46v und Postskriptum vom 20. 3., 64v.

<40>

Auf dieser Basis war in Regensburg kaum effektive Parteipolitik zu betreiben, vor allem weil die Möglichkeiten zu persuasiver Kommunikation und zur Durchsetzung der eigenen politischen Wünsche nicht optimal genutzt werden konnten. Da Windischgrätz keine offizielle Position einnehmen konnte, trat im Fürstenrat allein Paderskirchen als Verfechter der österreichischen Interessen in Erscheinung. In den Berichten des bayerischen Gesandten erscheint er als der schärfste Gegner einer Annäherung an Bayern, der gegen eine solche sogar heftige Voten ohne ausdrücklichen Befehl zu Protokoll gebe.⁷³ Er machte auch das drohende bayerische Schreiben an den Fränkischen Kreis bekannt, durch dessen Publikation Max Emanuel als Aggressor bloßgestellt und zu einer offiziellen Entschuldigung genötigt wurde.⁷⁴ Anders als der auf Ausgleich mit Bayern bedachte Prinzipalkommissar stand Paderskirchen für einen strikt antibayerischen Kurs.

<41>

Dies hielt beide Seiten jedoch nicht von einer Kooperation ab, wenn es darum ging, die kaiserliche Seite möglichst positiv darzustellen, wie ein Beispiel aus den abgefangenen Berichten zeigt. Nach der Schlacht bei Schärding versuchten der Prinzipalkommissar und die österreichische Gesandtschaft aus dem für die kaiserliche Seite desaströsen Ausgang das Beste zu machen. Am Sieg Bayerns in dieser Schlacht war nicht zu deuteln, wohl aber an seiner Bedeutung. Während der bayerische Gesandte ein großes Fest veranstaltete und Salutschüsse anordnete, verbreiteten sie inoffiziell eine sich ganz als Faktenbericht gebende Darstellung, die zwar Verluste eingestand, das Ganze aber zu einem unbedeutenden Scharmützel herabstufte.⁷⁵ Der Prinzipalkommissar und die österreichische Gesandtschaft versuchten also, die Interpretation im Sinne der österreichischen Interessen zu beeinflussen und dadurch auch die eigenen offenen wie versteckten Anhänger zu ermutigen. Dies war durchaus nötig, wie sich aus dem ebenfalls abgefangenen Schreiben des sächsischen Gesandten ergibt, der meinte, die "Bienintentionés" seien doch sehr überrascht worden.⁷⁶ Den Erfolg dieser Strategie bestätigte übrigens der frustrierte bayerische Gesandte, der beobachtete, dass die übrigen Gesandten trotz seiner Anstrengungen über den Sieg "nur spotten" würden.⁷⁷

Geschlossenes Auftreten und Eigeninteressen: Die Kommunikation zwischen der österreichischen und der kaiserlichen Reichstagsgesandtschaft

<42>

Um solche kommunikativen Erfolge erzielen zu können, war nach außen ein geschlossenes Auftreten der kaiserlichen Gesandtschaften von Nöten. In den Briefen wird berichtet, dass der Prinzipalkommissar die österreichischen Gesandten zur Abstimmung untereinander immer wieder zu Konferenzen berief. Bei Bedarf wurden weitere Gesandte hinzugezogen

⁷³ BHStA, Ä.A. 3494, Bericht vom 25.1.1703. Gemeint ist der mündliche Vortrag vom 18.1.1703 antwortend auf eine bayerische Vorstellung.

⁷⁴ Monatlicher Staat-Spiegel (wie Anm. 40), Februar 1703, 17-22, 34-36, Vgl. BHStA, Ä.A. 3494, Berichte vom 25.1.1703, 5.2.1703, 5.3.1703.

⁷⁵ Akten der Prinzipalkommission, Fiche 671, Bericht der Prinzipalkommission vom 16.3.1703; BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' an einen Reichsgraf [möglicherweise Heinrich Franz von Mansfeld] vom 18.3.1703, 39v.

⁷⁶ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Wertherns an [möglicherweise Johann Matthias von der Schulenburg], 20.3.1703, 120r.

⁷⁷ BHStA, Ä.A. 3494, Schreiben an einen Patron, o.D.

wie der Pfälzer, der einer der erklärten Parteigänger war.⁷⁸ In diesen Konferenzen wurden weitere Schritte beschlossen sowie die Wiener Weisungen diskutiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. Als Experten vor Ort sahen sich die Gesandten durchaus zu deren Beurteilung und zur Beratung der Wiener Zentrale aufgerufen.

<43>

Sowohl die österreichische Gesandtschaft als auch der Prinzipalkommissar setzten Wien davon in Kenntnis, dass die in den Weisungen geforderte Acht über Bayern und Köln nach Sondierungen unter den Gesandten ebenso wenig durchsetzbar erscheine wie die Ausschließung des bayerischen Gesandten.⁷⁹ Die Initiativen zu dieser Befragung und zu den Konferenzen gingen nach den Berichten von Lamberg aus. Stets wird er als der Handelnde beschrieben, das heißt aber auch als derjenige, der die Verantwortung trägt. Dass gerade ein stärker antibayerischer Kurs als nicht realisierbar eingestuft wurde, rückte in Wien somit vor allem den Prinzipalkommissar in ein seltsames Licht.

<44>

Es ist fraglich, ob sich die österreichischen Gesandten hier im Bericht nur dem Ranghöheren unterordneten oder ob sie tatsächlich mit seiner Einschätzung übereinstimmten. Als besonders reizvoll erweist sich daher die im vorliegenden Fall gegebene Möglichkeit einer parallelen Lektüre von Briefen und Berichten. Es geht dabei um ein Lesen eng am Text, das über den eigentlichen Inhalt hinaus Einblick in das Verhältnis der kaiserlichen Vertreter zueinander gibt.

<45>

Die drei mit abgefangenen Schreiben von Ernst von Windischgrätz richten sich alle an einflussreiche Personen in Wien. Sie lagen einem Schreiben an einen Korrespondenten Lambergs bei, der um ihre weitere Beförderung gebeten werden sollte.⁸⁰ Diese Briefe informieren ihre Empfänger nicht nur über das Reichstagsgeschehen, sondern auch darüber, dass der Gesandte dringend abberufen werden wollte. Er begründete dies zum einen mit dem Zeremonialstreit mit den Kurfürstlichen, zum anderen damit, dass ihn der Kardinal nicht brauche und zum dritten, dass er auch aus persönlichen Gründen weg wolle.⁸¹ Der ehrgeizige Windischgrätz hatte erkannt, dass auf dem Posten des österreichischen Gesandten zu diesem Zeitpunkt nichts zu gewinnen war. Die Wünsche der kaiserlichen Regierung konnten nicht durchgesetzt werden und er selbst stand politisch im Schatten des Prinzipalkommissars.

<46>

In seinen Briefen versuchte er diesen Schatten ein wenig zu verkürzen. Anders als in den Berichten gibt er sich hier sehr aktiv. So wurde die Veröffentlichung des Schreibens, das den bayerischen Sieg bei Scharding als von eher geringer Bedeutung relativierte, in den Berichten Lamberg zugeschrieben.⁸² Nach Windischgrätz' Schilderung jedoch hatte zwar der Prinzipalkommissar das Schreiben des Grafen von Schlick erhalten und es ihm gegeben, doch war er es gewesen, der die 'facti species' bei einer Gesellschaft verlas und sie an

⁷⁸ BHStA, K. schw. 4665, Bericht Lambergs vom 20.3.1703, 126r.

⁷⁹ BHStA, K. schw. 4665, Bericht Lambergs vom 20.3.1703, 126rf.; Bericht der österreichischen Gesandtschaft 20.3.1703, 143rf.

⁸⁰ BHStA, K. schw. 4665, Postskriptum vermutlich an Bucallini, 83r. Diesem Brief lagen die Schreiben Windischgrätz' bei, Postskriptum an Unbekannt, 89v.

⁸¹ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' vom 16.3.1703, 31rf.; Schreiben Windischgrätz' vom 18.3.1703, 41r; Schreiben Windischgrätz' vom 18.3.1703, 47r-49r.

⁸² Akten der Prinzipalkommission, Fiche 671, Bericht der Prinzipalkommission vom 16.3.1703.

Paderskirchen weiterreichte, damit dieser sie auf dem Rathaus verbreite, auf dass "die gemütter so diese Zeitung zimlich perplex gemachet, wieder in etwas aufgerichtet, undt consoliret werden möchten, welches dan auch einen zimlich guten effect gemachet".⁸³ Schon aus institutionellen Gründen war die breitenwirksame Mitteilung dieses Schreibens anders gar nicht möglich, doch verschiebt sich in Windischgrätz' Schreiben die Initiative zu dieser deutlich prokaiserlichen Aktion auf subtile Art weg von Lamberg.

<47>

Den Abberufungswunsch Windischgrätz' schien Lamberg zu unterstützen. Windischgrätz schrieb, dass er und der Kardinal darin übereinstimmten, dass es momentan besser wäre, keinen österreichischen Gesandten zu unterhalten.⁸⁴ Tatsächlich berichtete der Prinzipalkommissar seinen Korrespondenzpartnern, dass ihn der Gesandte gebeten habe, seine Abberufung zu befürworten und, falls doch ein Ersatz gewünscht werde, den Grafen Welz zu empfehlen. Der Kardinal befürwortete den Wunsch allerdings nicht rückhaltlos, was der zurückhaltenden Art seiner 'Recommendationen' zu entnehmen ist. Einem seiner Korrespondenten gegenüber kommentierte er die Bitte sogar dahingehend, dass er es der kaiserlichen Reputation keineswegs für zuträglich halte, die Stelle so schnell neu zu vergeben.⁸⁵ Dass der Wunsch in Wien keine Unterstützung fand, ergibt sich aus den Schreiben des Bittstellers selbst, der seine Korrespondenzpartner nicht zum ersten Mal damit konfrontierte. Aus dem Umfeld des römischen Königs hatte er anscheinend ebenso eine ablehnende Antwort erhalten wie vom Kaiser selbst, der durch den Oberhofmeister ausrichten ließ, dass er nicht willens sei, in Regensburg auf einen österreichischen Gesandten zu verzichten.⁸⁶ Angesichts der ohnehin bemerkenswert schwachen Präsenz Österreichs auf dem Reichstag hätte dies auch ein fatales Signal gegeben.

<48>

Zumindest auf der persönlichen Ebene gingen Prinzipalkommissar und österreichischer Gesandter also nicht offen miteinander um, obwohl sie mehrfach als befreundet beschrieben werden.⁸⁷ Politisch versuchte Windischgrätz, sich Wien gegenüber den Anstrich zu geben, als stimme er mit dem Kardinal nicht völlig überein. Durch die Art der Berichterstattung ergab sich der Anschein, als ob alle Handlungen, die konträr zu den Wiener Wünschen liefen, von Lamberg ausgingen. Windischgrätz selbst lag hinsichtlich der Besetzung der österreichischen Gesandtschaft allerdings ebenfalls nicht auf der Wiener Linie, wobei es hier nun Lamberg war, der sich in seinen 'privaten' Briefen kritisch dazu äußerte. Was nach Wien kommuniziert wurde, wich somit inhaltlich leicht von dem ab, was man vor Ort in Regensburg sagte. Bei beiden Gesandten spielten dabei wahrscheinlich die vermeintlichen Erwartungen der Wiener Korrespondenzpartner eine wichtige Rolle. Der Wunsch, die eigenen Interessen zu befördern, indem man dem jeweiligen Kommunikationspartner Übereinstimmung signalisierte, führte zu leichten inhaltlichen Abweichungen zwischen 'offiziellen' und 'privaten' Äußerungen, die jedoch auch auf Brüche zwischen den Gesandten hindeuten.

⁸³ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' an einen Reichsgraf [möglicherweise Heinrich Franz von Mansfeld] vom 18.3.1703, 39v.

⁸⁴ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' an einen Grafen vom 19.3.170, 47v.

⁸⁵ BHStA, K. schw. 4665, Postskriptum vermutlich an Bucallini, 83r.

⁸⁶ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' an Monseigneur, 16.3.1703, 31r; Schreiben an einen Reichsgrafen vom 18.3.1703, 41r.

⁸⁷ So etwa von Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 71), 159; und Charles W. Ingrao: In Quest and Crisis: Emperor Joseph I and the Habsburg Monarchy, West Lafayette 1979, 186.

Ein enttäuschter Prinzipalkommissar: Kommunikation und Emotion

<49>

Hinsichtlich der Gestaltung der aktuellen Politik zeigt der Prinzipalkommissar die größte Distanz zu Wien. Lamberg war ein langjährig gedienter österreichischer Diplomat,⁸⁸ aber er war nicht einfach das Sprachrohr Österreichs. Die Kombination Prinzipalkommissar *und* Bischof von Passau zu sein, erwies sich in dem Moment als fatal, als Passau militärisch in Gefahr geriet. Daraus ergab sich für Lamberg ein Interessenkonflikt zwischen seinem Eigeninteresse als Landesherr und den kaiserlichen Wünschen, denen er als Prinzipalkommissar entsprechen sollte.

<50>

Zwischen dem Kardinal und Wien ist dabei ein Auseinanderdriften in der Grundausrichtung der Politik gegenüber Bayern festzustellen. Ein solcher Verlust des 'common sense' hinsichtlich eines politischen Grundzieles stellte eine ernstzunehmende Bedrohung der Loyalität eines Untergebenen dar. Vom heutigen Standpunkt aus war dieser Gesandte für Wien ein Risiko. Solche Überlegungen waren der Zeit durchaus nicht fremd,⁸⁹ doch scheint man in Wien dieser Gefahr nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Dabei konnte Lamberg nicht von Handlungen (oder auch Nicht-Handlungen) abgehalten werden, die seinen eigenen Interessen entsprachen, gerade da in diesem Fall mangelnde Kontrollmöglichkeiten mit einem Defizit an Kenntnissen über seine bisherigen Handlungen einhergingen.⁹⁰ Dies führte zu einer Störung der Beziehung, die mit einer Störung der Kommunikation gekoppelt war. Gründe und Folgen lassen sich in den abgefangenen Briefen für die Seite des Prinzipalkommissars näher fassen.

<51>

Zum bereits erwähnten Interessenkonflikt kam für Lamberg eine Reihe von Loyalitätskonflikten. Er war zwischen seiner Treue zum Kaiser, seiner Verpflichtung gegenüber Bayern und seiner Verantwortung als Landesherr von Passau hin- und hergerissen. Seine Wahl zum Bischof von Passau, die ihn zugleich zum Landesfürsten gemacht hatte, verdankte er nicht zuletzt dem Einsatz Bayerns. Als Nachbar und Angehöriger desselben Kreises hatte er ein gutes Verhältnis zum Kurfürsten gepflegt, was sich unter anderem in einvernehmlichen Lösungen alter Konflikte niederschlug.⁹¹ Lamberg betonte dem bayerischen Gesandten gegenüber immer wieder seine Dankbarkeit und persönliche Verbundenheit. Auf diese führte er im Gespräch mit dem bayerischen Gesandten auch politische Handlungen wie die Verhinderung der Diktatur der österreichischen Ahndung gegen Bayern zurück, womit er sich, wie er dem Gesandten gegenüber betonte, in Wien Probleme eingehandelt habe.⁹² Unabhängig davon, ob es sich nun um ein unglückliches Zusammentreffen einer skrupulösen Nachfrage des Mainzers mit dem vorzeitigen Erscheinen im Druck (so die Erklärung Wien gegenüber)⁹³ oder um eine echte Obstruktion gehandelt hatte, Ziel der Beteuerungen war, eine Vertrauensbasis

⁸⁸ Zu seiner Biographie vgl. Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 71); Müller: Habsburgischer Adel (wie Anm. 50).

⁸⁹ Vgl. Lucien Bély: L'art de la paix en Europe. Naissance de la diplomatie moderne XVI^e-XVIII^e siècle, Paris 2007, 87.

⁹⁰ Die Überlegungen sind angeregt vom in den Wirtschaftswissenschaften und der Politologie für die Gegenwart diskutierten Principal-Agent Problem, das auf die vorliegenden Zusammenhänge jedoch nicht im Detail übertragen werden kann.

⁹¹ Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 71), 27-30.

⁹² BHStA, Ä.A. 3494, Bericht vom 12.3.1703, 356r.

⁹³ Vgl. Akten der Prinzipalkommission, Fiche 670, Berichte vom 9.3.1703.

aufrechtzuerhalten. Dabei musste Lamberg klar sein, dass seine Glaubwürdigkeit in München seit den gescheiterten Vermittlungsversuchen von 1702 schwer erschüttert war.⁹⁴

<52>

Im September und November dieses Jahres hatte er seine Beziehungen zu Bayern zu eigenmächtigen Verhandlungen über dessen Übertritt ins kaiserliche Lager genutzt, mit denen er auf ganzer Linie gescheitert war.⁹⁵ Sie waren ein Versuch, dem Kaiser und zugleich sich selbst zu dienen, und ihr Gelingen wäre ein spektakulärer Triumph gewesen. Mit diesen Aktionen hatte Lamberg seine Befugnisse aber deutlich überschritten und wohl auch die Intentionen des Kaisers nicht richtig eingeschätzt, der nicht um jeden Preis zu einer Einigung mit Bayern bereit war. In Wien hatte er damit viel Ansehen und Einfluss verloren, dessen er sich durchaus bewusst war.⁹⁶ Die Schuld sah er aber weniger bei sich als bei den Wiener Ministern. Diese Versuche waren auch von der Sorge um sein Bistum bestimmt, das zwischen den Fronten lag. Seit Winter 1702/03 bäugten sich über dieses hinweg die kaiserlichen und bayerischen Truppen. Zwischen den beiden Kommandanten versuchte eine Passauer Kommission zu vermitteln. Während sich der Kardinal bemühte, seinem Bistum gemeinsam mit Regensburg die Neutralität zu sichern, kamen von kaiserlicher Seite Forderungen nach logistischer Unterstützung an die Passauer Regierung, denen sich diese nicht entziehen konnte.⁹⁷ Hinter der Besetzung Passaus mit kaiserlichen Truppen und der Verweigerung der Neutralität vermutete Lamberg schließlich die Absicht der kaiserlichen Regierung, "den Churfürsten gleichsam mit gewalt gegen mich feindlich zu handeln [zu] veranlassen".⁹⁸ Die Besetzung ging mit einer indirekten Einschränkung seiner Regierungsgewalt einher. Als schreiende Ungerechtigkeit empfand er überdies die Zerstörung seiner Einkommensbasis, da Einquartierungen und Verpflegungskosten in seinen Augen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Passauer Bevölkerung zerrütteten.

<53>

Dies ließ er auch den Reichsvizekanzler wissen, dem er seinen Rücktritt androhte. Ihm gegenüber beschwerte er sich nicht nur über die kaiserlichen Maßnahmen in Passau, sondern er vermittelte ihm zudem seine Enttäuschung darüber,⁹⁹ dass er, obwohl er dem Kaiser seit 23 Jahren diene, durch diesen seiner Einkünfte und, wie er hinzufügte, aller Hoffnung beraubt worden sei. Was dieses Gefühl noch steigerte, war die feste Überzeugung, dass er, wenn der Kaiser es nur zugelassen hätte, die Neutralität für Regensburg und Passau hätte aushandeln können.¹⁰⁰ Zudem habe ihm, wie er einem Verwandten schrieb, der Kaiser persönlich versprochen, dass Passau keine Garnison erhalten werde, falls es sich selbst verteidigen könne.¹⁰¹ Seine Erwartungen an das Verhalten des Kaisers hatten sich somit nicht erfüllt. Er sah sich vielmehr um die Loyalität des Kaisers ihm gegenüber, auf die

⁹⁴ Vgl. Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 71), 107f.

⁹⁵ Zu den Vermittlungsversuchen vgl. Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 71), 62f., 77-111.

⁹⁶ BHStA, Ä.A. 3493, Bericht Zindts vom 7.12.1702; Ä.A. 3494, Postskriptum Zindts zum Schreiben an den Vizekanzler vom 20.11.1702.

⁹⁷ Zur Situation in Passau vgl. Niedermayer: Lamberg (wie Anm. 72), 111-115.

⁹⁸ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambergs an einen Verwandten, 20.3.1703, 78r.

⁹⁹ Die Thematisierung von Enttäuschung greift auf Theorien der Emotionengeschichte zurück, nach denen Emotionen soziale Handlungsmacht eigen ist. Stellvertretend sei verwiesen auf: Birgit Aschmann: Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung, in: dies.: Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen Beiheft 62), Stuttgart 2005, 9-32; Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: Geschichte und Gesellschaft 35/2 (2009), 183-207.

¹⁰⁰ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambergs [an Dominik Andreas von Kaunitz], 91r-94r.

¹⁰¹ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben vom 20.3.1703, 78v.

er als langjähriger Mitarbeiter Anspruch zu haben meinte, betrogen. Und das, obwohl er sich "hier in deß Kaysers dienst förderung halben theils zu tod" arbeite.¹⁰²

<54>

Lambers persönliche Enttäuschung fügte dem fehlenden politischen Konsens eine wachsende emotionale Distanz hinzu. Die kaiserliche Politik zu vertreten, wurde für ihn so zunehmend schwieriger. Im Bericht vom 20. März legte er dar, warum er die kaiserlichen Forderungen aus dem Reskript vom 13. März nach Ausschluss des bayerischen Gesandten und der Achterklärung über Bayern und Köln für unerfüllbar hielt. Alle Gesandten, mit denen er gesprochen habe, hielten solche Maßnahmen für verfrüht, insbesondere weil sie das "gemäßigte commercium" mit Bayern noch nicht beenden wollten.¹⁰³ Zum Teil lässt sich dies auf die professionelle Haltung von Diplomaten zurückführen, die es als ihre Aufgabe ansahen, Kommunikation aufrecht zu erhalten, solange auch nur die geringste Chance auf die Vermeidung harter Entscheidungen bestand. Lamberg aber sah sich vor allem aufgrund der Tatsachen, dass der Reichstag von den Bayern eingeschlossen war und die kaiserlichen Truppen keine Erfolge vorzuweisen hatten, "ausser freyheit Ih. Mtt. Intention in comitys assquiren zu machen".¹⁰⁴

<55>

Dies erscheint zwar als realistische Einschätzung der Lage, doch ist eine negative Grundtendenz unverkennbar. Sie äußerte sich in der Betonung des Potenzials des bayerischen Kurfürsten, wie sie sich ähnlich auch bei Windischgrätz findet. Dieser meinte gar, Bayern sei für Österreich gefährlicher als Frankreich. Er warnte seinen Korrespondenzpartner aus dem Umkreis des römischen Königs, dass es nicht so gut aussehe "alß man vielleicht Ihrer Kayser. und Königl. May. glauben machet".¹⁰⁵ Ob er sich hier vom Prinzipalkommissar oder der unter den Gesandten allgemein verbreiteten negativen Erwartungshaltung beeinflussen ließ, ist kaum zu entscheiden. Beide schoben jedoch die Schuld dafür, dass die von Wien formulierten Erwartungen nicht erfüllt werden konnten, an Wien zurück.

<56>

Deutlich wird zudem, dass beide darin einig waren, dass Wien vom Reichstag zu viel erwarte und dies aus einer der realen Situation gegenüber ignoranten Haltung heraus. Von einer zunehmenden Distanz war nicht nur das Verhältnis zwischen dem Kaiser und seinem wichtigsten Regensburger Vertreter, sondern auch das zwischen dem Kaiser und der Institution gekennzeichnet. Der Reichstag sah sich vom Kaiser nicht mit genügender Aufmerksamkeit behandelt. Man bemängelte das Ausbleiben von Approbationen, zu späte Benachrichtigungen und nicht zuletzt die schwache Besetzung der österreichischen Gesandtschaft.¹⁰⁶ Stattdessen wurden die ständischen Gesandten mit Forderungen konfrontiert, die sie für nicht oder noch nicht erfüllbar hielten. Wien dagegen sah in seinen Augen billige Begehren verweigert. Dahinter stand etwas, das man ebenfalls als eine Kommunikationsstörung bezeichnen kann: die Unfähigkeit, sich in die Situation des jeweils anderen hineinzudenken.

¹⁰² BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambers an Johanna Theresia Gräfin von Harrach, 20.3.1703, 72v.

¹⁰³ BHStA, K. schw. 4665, Bericht Lambers vom 20.3.1703, 125v-127v.

¹⁰⁴ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Lambers an den Reichsvizekanzler, o.D., 96v; ähnlich: Postskriptum [möglicherweise an Bucallini] vom 20.3.1703, 88r.

¹⁰⁵ BHStA, K. schw. 4665, Schreiben Windischgrätz' vom 16.3.1703, 32r.

¹⁰⁶ Vgl. StAN, Ansbach, RTA 191, Bericht vom 14. und 28.3.1703; StadtAA, RTA 382, Korrespondenz Elebrechts vom 8.5.1703.

Fazit

<57>

Das Schlaglicht auf die Praxis, welches das hier ausgewertete Briefkonvolut zulässt, zeigt einige der Erkenntnismöglichkeiten der Perspektive 'Kommunikation'. Einer ihrer wesentlichen Vorteile liegt in der Chance, durch sie Beziehungen jeder Art zu erfassen und einzuordnen. Zugleich erweist sie sich als integrative Methode, die der Gefahr der Beliebigkeit der Beobachtungsobjekte entkommt und dennoch einen erweiterten Blick erlaubt.

<58>

Auf einer ersten Ebene zeigen die Reaktionen auf das Unterbrechen der Postverbindung die Bedeutung, die diese für die Arbeit des Reichstags hatte, da sie die Kommunikation mit den ständischen Regierungen und dem Kaiser gewährleistete. Ständiger Austausch wurde mit der Möglichkeit zu freier Abstimmung ebenso verbunden wie mit dem Aushandeln von Entscheidungen und einem geregelten Verfahrensablauf. Gerade die Überlegungen, ob der Reichstag unter Verweis auf Gefahr in Verzug einen Reichsschluss nicht auch ohne den Kaiser ausfertigen dürfe, bestätigen diesen Zusammenhang. Denn selbst wenn die Realisierung solcher Pläne nicht sonderlich wahrscheinlich war, so waren sie doch denkbar. Dies wiederum ist ein Indiz dafür, dass der korrekte Verfahrensablauf sehr eng mit einer intakten Kommunikationsinfrastruktur verbunden war.

<59>

Auf einer weiteren Ebene deutet sich die Bedeutung der kommunikativen Netze an, in die die ständischen Vertreter eingebunden waren. Nachrichten über das Regensburger Geschehen wurden weit über den Kreis der befugten Empfänger hinaus verteilt und dabei um Aspekte ergänzt, die in den formellen Berichten nicht oder weniger deutlich zu finden sind. Neben der noch näher zu untersuchenden Relevanz dieser Netze für Fragen der allgemeinen Sichtbarkeit des Reichstags und der damit verbundenen Entstehung von politischer 'Öffentlichkeit' geraten auch die Interessen und Meinungen der Akteure in den Blick.

<60>

Die Diplomaten beeinflussten die Verhandlungen und Beschlüsse nicht nur über Berichte und Empfehlungen, sondern auch über ihr kommunikatives Verhalten in Regensburg selbst. Die durch die Stellung eines Standes gegebenen kommunikativen Chancen konnten bis zur Bildung einer eigenen Partei reichen. Allerdings mussten diese von den Gesandten aktualisiert werden. So gab es durchaus die Möglichkeit, dass ein Stand, sei es nun durch das Verhalten seiner Diplomaten oder aufgrund ungenügender Ausstattung der Gesandtschaft, diese Chancen nicht im vollen Umfang realisierte, wie an der kaiserlichen Gesandtschaft beobachtet werden konnte.

<61>

Durch eine Fokussierung auf Kommunikation als konstituierende und zugleich charakterisierende Basis von Beziehungen werden weitere soziale und in einzelnen Fällen sogar emotionale Aspekte sichtbar. Aus Ämterhäufungen, persönlichen Beziehungen und nicht geteilten Ansichten konnten sich konfligierende Interessen und Handlungserwartungen ergeben, die ihrerseits die Kommunikation und Performanz von Gesandten beeinflussten. So weist das Handeln des Prinzipalkommissars deviante Züge auf. In den Briefen kommt dabei eine aufgrund seiner Position durchaus auch politisch nicht ungefährliche emotionale Distanz zum Ausdruck, die er zur Wiener Politik und ihren Akteuren aufbaute. Da er seine

Enttäuschung noch an Regierungsmitglieder in Wien kommunizierte, stand der Bruch wohl nicht unmittelbar bevor, doch das Risiko dazu bestand. Dass das kommunikative Verhalten der kaiserlichen Vertreter wiederum Rückwirkungen auf politischer Ebene zeitigte, wird an den sich 1703 zunehmend verhärtenden Fronten zwischen Reichstag und Kaiser sichtbar.

<62>

Eine Kommunikationsgeschichte, die Kommunikation als Perspektive begreift, ist fähig, unterschiedliche Ebenen zu integrieren und somit zu einem vollständigeren Bild der kommunikativen Praktiken im Allgemeinen wie der Funktionsweisen der Institution Reichstag im Besonderen beizutragen.

Autorin:

Dr. Susanne Friedrich
Ludwig-Maximilians-Universität München
Historisches Seminar, Abt. Frühe Neuzeit
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München
Susanne.Friedrich@lrz.uni-muenchen.de

Empfohlene Zitierweise:

Susanne Friedrich: Der Kurier des Kardinals. Kommunikation als Perspektive auf den Immerwährenden Reichstag, in: *zeitenblicke* 11, Nr. 2 [30.01.2013], URL: http://www.zeitenblicke.de/2012/2/Friedrich/index_html, URN: urn:nbn:de:0009-9-35343
Bitte setzen Sie beim Zitieren dieses Beitrags hinter der URL-Angabe in runden Klammern das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse. Zum Zitieren einzelner Passagen nutzen Sie bitte die angegebene Absatznummerierung.